

### 1. Perspektiven für die Arbeit von morgen:

Ja, sachgrundlose Befristungen müssen gesetzlich verboten werden. Die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat zu einer bis dahin nicht gekannten Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und einem rasanten Anwachsen des Niedriglohnssektors geführt. Daran ändert auch der Mindestlohn nichts, immerhin liegt die Niedriglohnschwelle in Deutschland derzeit bei 11,09 Euro. Hier brauchen wir dringend einen Politikwechsel hin zu guter, tariflich abgesicherter Arbeit. Leih- und Zeitarbeit gehören reguliert, zumindest aber muss es eine Flexibilitätsprämie geben, so dass diese Arbeitsverhältnisse besser und nicht schlechter bezahlt werden als reguläre Arbeit. Und es braucht einen Mindestlohn von 12 Euro, denn nur so werden auch Rentenansprüche erworben, die über Grundsicherungsniveau liegen und genau das sollte ein Mindestlohn doch schließlich leisten können.

### 2. Arbeitszeiten:

Ja, es braucht einen gesetzlichen Anspruch auf ein Rückkehrrecht in Vollzeit. Gerade Frauen würden davon stark profitieren, denn oftmals werden sie nach der Elternzeit nur noch in Teilzeit oder in einen Minijobs eingestellt. Die Folge davon sind oft ökonomische Abhängigkeit und geringe Rentenansprüche, da muss sich dringend etwas ändern. Außerdem brauchen wir familienfreundlichere Arbeitszeiten und mehr soziale Sicherheit, damit gerade auch junge Menschen eine Familiengründung wieder erleichtert wird. Eine Anhebung der zulässigen Wochenarbeitszeit bzw. der Höchstarbeitsgrenze lehne ich ab. Ich kenne die Arbeitsbedingungen von (Reise-)Busfahrerinnen und -Fahrer und mit Sicherheit hat das gar nichts mehr zu tun. Ich finde, hier braucht es eher mehr denn weniger gesetzlich geregelte Ruhezeit.

### 3. Soziale Sicherung:

Ja, DIE LINKE steht für paritätisch finanzierte soziale Sicherungssysteme, die zu Gunsten der Beschäftigten ausgebaut werden. Die letzten Bundesregierungen haben diese Sicherungssysteme zu Gunsten der Arbeitgeberinnen und -Geber geschleift mit dem erklärten Ziel, die Lohnstückkosten zu senken. Dadurch sollten Investitionen angekurbelt und mehr Beschäftigung geschaffen werden. Doch gab es sowohl bei den Investitionen als auch beim Arbeitszeitvolumen keine nennenswerten Anstiege. Was gewachsen sind, sind die Privatvermögen insbesondere der Multimillionäre und Milliardäre.

Es wird höchste Zeit, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wieder stärker zur Verantwortung gezogen werden. Wir fordern deswegen die solidarische Bürgerinnen und -bürgerversicherung, in die alle einzahlen und die dadurch auch allen eine gute Gesundheitsversorgung bitten kann, die sogar wieder Zahnersatz beinhalten könnte. Außerdem braucht es dringend eine verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern, DIE LINKE fordert deswegen 100.000 Pflegekräfte mehr und eine Ausfinanzierung außerhalb der Fallpauschalen, um jegliche Sparanreize bei der Pflege zu unterbinden.

Die GRV wollen wir stärken und im Prinzip die alte Rentenformel wiederherstellen. Die Rente mit 67, die ja nichts anders als eine Rentenkürzung gewesen ist, gehört zurück genommen. Auch hier muss die paritätische Finanzierung wiederhergestellt werden. Die Teilprivatisierung und damit die Individualisierung der Vorsorgepflicht durch die Riester-Rente war ein regelrechter Coup der Versicherungswirtschaft, die riesige Gewinne dadurch einfahren konnte. Das Nachsehen haben gerade diejenigen, die zum Abschluss ja nahezu gedrängt wurden, nämlich die Beschäftigten mit kleinen und mittleren Einkommen. Viele Verträge mussten hier aus Geldmangel wieder gekündigt werden und dann kam für die Betroffenen das böse Erwachen: Ihre Einzahlungen wurden durch die Verwaltungskosten oft aufgebraucht. DIE LINKE fordert deswegen, dass die durch Riester erworbenen Ansprüche auf die GRV übertragen werden können.

Auch das Betriebsrenten-Konzept, wie von Nahles forciert, lehne ich ab. Die Entgeltumwandlung schwächt die GRV und durch die Erleichterungen für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber profitieren die Beschäftigten nicht wirklich von dieser Regelung. Im Gegenteil wurde sogar ausgerechnet, dass es mehr bringen würde, das Geld auf einem Sparbuch zu deponieren, als es in eine derart gestaltete Betriebsrente zu investieren. Eine echte, allein durch die Arbeitgeber/innen finanzierte BR hingegen wäre ein Fortschritt und würde ich begrüßen.

Unabhängig davon fordern wir eine Mindestrente von 1050 Euro. Unter diese Summe darf keine Sicherung in Deutschland fallen, denn weniger bedeutet Armut.

#### 4. Gerechtigkeit durch mehr Tarifverträge:

Ja, denn Auslagerungen dürfen nicht dazu dienen, Tarifverträge zu unterlaufen. DIE LINKE lehnt jegliche Form der Tariffucht ab. Außerdem wollen wir das Betriebsverfassungsgesetz stärken, damit die Betriebsräte mehr Mitbestimmung bekommen. Wir wollen beispielsweise ein Vetorecht über die Zulassung von Werkverträgen und anderen prekären Beschäftigungsformen. Zumindest aber müssen Betriebsräte auch für die Werksverträger zuständig sein, was ja im Prinzip selbstverständlich sein müsste.

Mit besten Grüßen

Sahra Mirow

---

Sahra Mirow

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE/Piraten im Stadtrat Heidelberg DIE LINKE. Baden-Württemberg – Geschäftsführender Landesvorstand DIE LINKE. Heidelberg – Kreisvorstand  
E-Mail: [sahra.mirow@die-linke-bw.de](mailto:sahra.mirow@die-linke-bw.de)  
Telefon: 0178-1699769